

Von dieser Pachtung wird jedoch ausgeschlossen....

§. 2. Jeder, welcher zur Versteigerung zugelassen werden will, muß 10% vom Fiskalpreise, welcher mit . . . festgestellt wird, als Angeld im Baren, oder in, auf den Überbringer oder auf den Pachtustigen lautenden oder an ihn gerichteten Staats-Ob-
ligationen nach dem Courswerthe des Erlagstages bei der Versteigerungs-Kommission erlegen. Nach Abschluß der Lizitation wird nur das Angeld des Bestbiethers zurück-
behalten werden. Von der Theilnahme an dieser Verhandlung sind alle jene ausgeschlossen,
welche nach den bestehenden Vorschriften an den Arrarial-Unternehmungen nicht
Theil nehmen dürfen. Wer mittelst Machthaber bestbiethen will, muß eine von seinem
Machtgeber an ihn gestellte, auch die Erben des Machtgebers verbindende, gehörig legalisirte
spezielle Vollmacht beibringen.

§. 3. Die Versteigerungs-Verhandlung findet mündlich statt. Es werden auch
schriftliche Anbothe angenommen. Die Offerte muß mit dem entfallenden Angelde be-
legt und gestempelt sein, den Anboth in Ziffern und mit Buchstaben ausgedrückt enthal-
ten, den Gegenstand des Anbothes bezeichnen und der Anbothsteller hat ausdrücklich zu be-
kräftigen, daß ihm die Lizitationsbedingungen bekannt sind, und er sich denselben unterziehe.
Neben der Unterschrift des Offerten muß dessen Stand und Wohnort angegeben sein.

Die schriftlichen Anbothe müssen vor der Eröffnung der mündlichen Verhand-
lung eingebracht werden, und werden nach Beendigung der Letzteren von der Commission
eröffnet werden.

§. 4. Jener Lizitant wird als Pächter angesehen, der den höchsten Anboth
gemacht hat, und der Lizitationsakt ist für denselben schon durch den gemachten Anboth selbst
für den Fall, wenn er nach dem gemachten Anboth die Fertigung verweigern sollte, bin-
dend; für den Religionsfond aber erst vom Tage der Zustellung der Genehmigung
des Lizitations-Ergebnisses an den Bestbiether.

Das Lizitations-Protokoll vertritt die Stelle des Vertrages, falls der Ersteh-
er die Fertigung der auf Grundlage dieses Protokolls ausgefertigten Pachtvertrags-Urkunde
verweigern sollte.

§. 5. Den angebotenen und vom Religionsfonde angenommenen Pachtschilling
hat der Pächter zur Hälfte nach erhaltener Verständigung von der Genehmigung seines
Anbothes längstens binnen 8 Tagen an die in der Verständigung benannte Kasse bar
zu erlegen, während welcher Zeitfrist auch die Ausfertigung und Unterschrift der Ver-
tragsurkunde zu geschehen hat. Die andere Hälfte des Pachtzinses muß vor Anfang
der 2. Hälfte der Pachtdauer erlegt werden.

Damit die Verständigung von der Genehmigung des Anbothes beschleunigt
stattfinde, hat der Ersteh-er oder sein Bevollmächtigter seine Wohnung der Lizitations-
Commission bekannt zu geben, eine allenfällige Änderung derselben hingegen der verpachten-